

Buschhaus, Tschernobyl und die „ökologische Modernisierung“: Die umweltpolitische Arbeit der SPD-Fraktion in den 1980er-Jahren

Vortrag auf der Konferenz „Die Geschichte und politische Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion“
25. September 2020

I. Das Thema, über das ich sprechen möchte, ist eines, das mit der Arbeit der SPD lange Zeit nicht zwangsläufig verbunden wurde, sie aber bis heute immer wieder vor Probleme stellt: die Umweltpolitik. Ich werde mich bewusst auf die 1980er-Jahre beschränken, und zwar aus zwei Gründen: Erstens kündigten die Jahre 1982/83 in vielfacher Hinsicht nicht nur ein Ende, sondern auch etwas Neues an: Seit 1982 war die SPD Oppositionspartei, und auch die Streitigkeiten in der Umweltfrage hatten zur Zerrissenheit der Partei am Ende der sozial-liberalen Koalition beigetragen. Die Ökologiefrage blieb aber hochaktuell, denn 1983 zogen die Grünen in den Bundestag ein, was die Themensetzung aller Fraktionen im Parlament in nicht unerheblichem Maße beeinflusste. Die 1980er-Jahre sind zweitens interessant, weil sie in der Forschung oftmals als eine Zeit der Krise für die SPD beschrieben werden. Das Kanzleramt war verloren, ebenso das Meinungsmonopol links der Mitte, und den Impulsen der neuen grünen Konkurrenzpartei sei man nur hilflos hinterhergelaufen. Beispielhaft möchte ich auf Franz Walter und Peter Lösche verweisen: Die SPD habe nach 1982 *„den Postmaterialismus zum Programm“* erhoben.¹ *„Bei ihrer hektischen Suche nach dem Zeitgeist“*, so Walter und Lösche weiter, *„glaubten die Sozialdemokraten ihm endlich ein Stück vorausgeeilt zu sein; dabei bechelten sie ihm schon wieder hoffnungslos hinterher.“*² Liest man das Berliner Programm von 1989, findet man durchaus Argumente für diese Position, unterscheidet es sich doch in Bezug auf die skeptische Haltung gegenüber Fortschritt und Wachstum deutlich vom Godesberger Programm. Doch diese Sicht verkennt, dass sozialdemokratischer Umweltschutz mehr war als nur eine verzweifelte Kopie grüner Politik.

II. Dies kann anhand der Entwicklung der Bundestagsfraktion nach 1982 illustriert werden. An ihr lassen sich viele der Prozesse ablesen, die die sogenannte *„ökologische Revolution“*³ seit den 1970er-Jahren mit sich brachte, aber auch, wie die SPD und die Bundestagsfraktion versuchten, diese aktiv mitzugestalten. Die Veränderungen waren nicht nur programmatischer Natur, sondern auch organisatorischer, und sie veränderten das Machtgefüge in der Sozialdemokratie.

Zunächst zu Letzterem: 1982/1983 gab es wichtige Wechsel in der Spitze der SPD. Helmut Schmidt war nicht mehr Kanzler, Herbert Wehner bald nicht mehr Vorsitzender der Fraktion. Wer

¹ Franz Walter: Die SPD. Biographie einer Partei. Überarbeitete und erweiterte Taschenbuchausgabe, 3. Auflage Reinbek bei Hamburg 2009, S. 202.

² Peter Lösche und Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Darmstadt 1992, S. 124.

³ Joachim Radkau: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. München 2011, S. 134.

nun in der SPD den Ton angeben sollte, war nicht selten schon vor 1982 Teil der neuen, ökologisch sensibilisierten Strömung in der Partei gewesen. Der Vorsitzende Willy Brandt erlebte eine Renaissance und sympathisierte schon vergleichsweise früh und offen mit der Umwelt- und Friedensbewegung. Hans-Jochen Vogel, der neue Fraktionsvorsitzende, hatte schon zu seiner Zeit als Städtebauminister Skepsis gegenüber der Modernisierungseuphorie der 1960er-Jahre gezeigt und den Bericht des „Club of Rome“ über die sogenannten „Grenzen des Wachstums“ aufmerksam rezipiert. Und schließlich wurde Volker Hauff Leiter des komplett neu eingerichteten Arbeitsbereiches, seit 1987 Arbeitskreises „Umwelt“ der Bundestagsfraktion und damit automatisch Fraktionsvize. Hauff musste zuvor zwar als Forschungsminister die Kernenergiepolitik Helmut Schmidts mittragen, hatte aber gleichzeitig zusammen mit Erhard Eppler daran gearbeitet, die SPD für den Gedanken des Energiesparens zu öffnen. Die Umstrukturierung der umweltpolitischen Arbeit in der Fraktion erfolgte also spiegelbildlich zu einer deutlich gestiegenen Bedeutung ökologischer Fragen für die Fraktionsarbeit und die SPD als solche. Zuvor hatte es nur eine dementsprechende Arbeitsgruppe mit deutlich schwächerer Stellung in der Fraktionshierarchie gegeben. Vor allem zu Beginn der sozial-liberalen Koalition war „Umwelt“ ein Thema von Regierung und Verwaltung gewesen, aber kaum der Fraktion. Gegen Ende der Regierungszeit hatte sich das zwar langsam geändert, fand aber noch keinen Niederschlag in strukturellen Reformen.

Der Machtverlust 1982 traf die SPD programmatisch also nicht komplett unvorbereitet. Vielmehr war er für die ökologisch motivierten Kreise beinahe ein Geschenk. Im Zuge der Auseinandersetzung um die Kernenergie ab Mitte der 1970er-Jahre hatten sich schon einige Kerngedanken einer genuin sozialdemokratischen Umweltpolitik auszubilden begonnen. Befreit vom Zwang einer Regierungspartei konnten sie nun zu einem programmatisch schlüssigen Gesamtkonzept weiterentwickelt werden – zumindest wurde dies versucht. Bundestagsfraktion und Parteivorstand arbeiteten dabei eng zusammen. Schon kurz vor Ende der sozial-liberalen Koalition hatte Willy Brandt vieldeutig von einer möglichen „*Mehrheit diesseits der Union*“ gesprochen.⁴ Tatsächlich war der Wahlkampf 1983 deutlich von dem Bemühen geprägt, Angebote an umweltbewusste Wählergruppen zu machen. Die schon 1980 eingerichtete und maßgeblich auf eine Initiative Brandts zurückgehende Ökologiekommission beim Parteivorstand, die von Volker Hauff geleitet wurde und nach dem Machtverlust großen programmatischen Einfluss auf die Vorstöße der Bundestagsfraktion haben sollte, half mit, einen Wahlkampf zu entwerfen, der so „grün“ war wie keiner zuvor. Besonders das Waldsterben wurde zum Thema gemacht.

⁴ Wörtlich am Abend der Landtagswahl in Hessen am 26. September 1982: „*Es gibt an diesem Abend der hessischen Wahl die Mehrheit diesseits der Union [...]. [...] Was jetzt als neuer Auftrieb im Gange ist, das muß fortgesetzt werden, indem sich die SPD – wo es geht – zusammenfindet mit den Sozialliberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern [...] und mit den vielen aus der Friedensbewegung, aus der Umweltbewegung, die eigentlich auch soziale Demokratie gestalten wollen.*“ Zit. nach o.A.: Unter Quarantäne. In: SPIEGEL, 4. Oktober 1982, S. 24f., hier: S. 24.

Die Arbeit als Oppositionsfraktion orientierte sich fortan, trotz der Wahlniederlage, eng an der Grundüberlegung der Ökologiekommision, die Ziele „Arbeit“ und „Umwelt“ miteinander verbinden zu wollen und so die Blockade in der innersozialdemokratischen Umweltdiskussion zu durchbrechen. 1984 brachte die Fraktion den Antrag für ein sogenanntes „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ ein: Durch KfW-finanzierte Kredite sollten Investitionen in Umweltschutztechnologien mobilisiert und damit 400.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. 1986 legten Hauff und die Fraktion gar ein umfangreiches „Arbeitsprogramm zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft“ vor. Es verstand sich weniger als Umweltschutzprogramm, sondern als politikfeldübergreifendes Querschnittskonzept zur Verbindung von Umwelt- und Wirtschaftspolitik, das Maßnahmen in den unterschiedlichsten Bereichen vorsah: in der Abfall-, Energie-, Chemie-, Verkehrspolitik etc. Durch eine umweltgerechte Umstrukturierung der Produktionsstrukturen sollte präventiver statt nachsorgender Umweltschutz betrieben und gleichzeitig die Wirtschaft gestärkt werden. Selbstbewusst konstatierte das Arbeitsprogramm: *„Die ökologische Modernisierung ist zentrales Reformanliegen der SPD. [...] Umweltpolitik muß in Zukunft Erneuerung der Industriegesellschaft sein. [...] Wir wollen eine ökologisch angepaßte Produktionsstruktur schaffen, bei der mit geringem Verbrauch von Umweltgütern, geringerem Landschafts- und Energieverbrauch und bei geringerem Abfallvolumen Besseres und Sinnvolleres produziert wird.“*⁶

In einigen konkreten Sachfragen wurde versucht, diesen Kurs in parlamentarische Praxis umzusetzen, auch wenn sich die SPD insgesamt in vielen Fragen nicht einig war. So verweigerte die Bundestagsfraktion, trotz massiven Drucks von Gewerkschaften und Betriebsräten, 1984 ihre Zustimmung, als es darum ging, das Kohlekraftwerk Buschhaus auch ohne Entschwefelungsanlage ans Netz gehen zu lassen. Hans-Jochen Vogel verteidigte diese Position erfolgreich gegen Widerstand auch aus den eigenen Reihen, beispielsweise aus Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen. In der Debatte um die Schadstoffreduzierung im Autoverkehr gelang es Volker Hauff, gegen erhebliche Skepsis in Partei- und Fraktionsvorstand, die Fraktion weitgehend auf die Position der Ökologiekommision zu verpflichten, bis zur Einführung des Katalysatorautos ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen zu fordern. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, die zum Beschluss des Nürnberger Parteitages 1986 führte, binnen zehn Jahren aus der Kernenergie aussteigen zu wollen, setzte ebenfalls die Fraktion wichtige Akzente, schließlich war wiederum Hauff maßgeblich für die Erarbeitung des Ausstiegskonzepts verantwortlich. Innerhalb kürzester Zeit brachte die Fraktion drei Mal ein sogenanntes „Kernenergieabwicklungsgesetz“ in den Bundestag ein, das einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie ermöglichen sollte. Diese Linie war konsequenter

⁵ Vorstand der SPD (Hrsg.): Arbeitsprogramm zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft. Vorgelegt von der SPD-Bundestagsfraktion. Bonn 1986, S. 3f.

als die in vielen SPD-geführten Ländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, wo es der Landesregierung um Johannes Rau schwerfiel, sich vollends von der Kernenergie zu verabschieden. Aber dennoch: Die energiepolitischen Konzepte in der SPD hatten sich in der Summe immer mehr in Richtung einer Nutzung der sogenannten „sauberen Kohle“, verstärkter Energiesparversuche sowie einer Förderung erneuerbarer Energien verschoben, und zwar mit langfristigen Folgen. Für Letztere setzte sich vor allem das Fraktionsmitglied Hermann Scheer ein, der mit Beginn der rot-grünen Koalition maßgeblich für das Erneuerbare-Energien-Gesetz verantwortlich war. Als der Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine 1990 mit der stark ökologisch inspirierten Forderung nach einem sogenannten „*neuen Weg*“ in den Bundestagswahlkampf zog und dabei die Idee einer Ökosteuer popularisierte,⁶ welche ebenfalls von der rot-grünen Koalition zumindest in Teilen eingeführt wurde, konnte er damit auf zahlreichen Vorarbeiten und Initiativen der Bundestagsfraktion aufbauen.

III. Damit hatte sich ein Verständnis von Umweltschutz entwickelt, das gerade nicht ein Abklatsch grüner Ideen sein wollte. Sozialdemokratischer Umweltschutz im Sinne der „ökologischen Modernisierung“ war der Versuch, den oft beschworenen Gegensatz von Wachstum und Umweltschutz aufzulösen und stattdessen die Synergieeffekte zwischen beiden Zielen zu nutzen, sprich: durch Investitionen in Umweltschutztechnologien Wachstum und Arbeitsplätze nicht zu zerstören, sondern zu fördern. Das Zauberwort war „qualitatives Wachstum“, es sollte beide Teile der Partei miteinander versöhnen und auch die mitnehmen, für die „Wachstumskritik“ ein Schimpfwort war. Anders als grüner Umweltschutz richtete sich das Konzept der „ökologischen Modernisierung“ eben nicht nur an die umweltbewussten, vermeintlich „postmaterialistischen“ Wählerschichten, sondern auch an die klassisch sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeitnehmer*innenklientel. Diese Verbindung von „Arbeit“ und „Umwelt“ lag umso mehr auf der Hand, als die 1980er-Jahre nicht nur die Blütezeit der Umweltdiskussion waren, sondern auch ein Jahrzehnt ungewohnt hoher Arbeitslosigkeit.

Dass dieses Konzept erhebliche Schwächen hatte, soll nicht geleugnet werden. So wurde aus Arbeitsplatzgründen mit der Kohleindustrie eine Branche gestützt, die maßgeblich zur Erhöhung des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre beiträgt. Rein an qualitativen Maßstäben ausgerichtete Umweltpolitik wäre keine sozialdemokratische gewesen, weshalb mit Rücksicht auf die Beschäftigungs- und Wohlstandsinteressen der eigenen Wählerschaft das quantitative Wachstum doch immer ein maßgebliches Ziel blieb. Konsumkritik wurde in der SPD so gut wie nicht geübt, und auch die anvisierten Ausstiegsfristen in der Kernenergie waren angesichts versorgungs- und preispolitischer

⁶ Vgl. Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Der neue Weg. Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark. Regierungsprogramm 1990–1994. Bonn 1990.

Vorbehalte immer sehr flexibel. Insbesondere in den 1990er-Jahren sollte sich zeigen, dass aufgrund dieser programmatischen Bindung der „Umwelt“ an die „Arbeit“ stets die Gefahr bestand, umweltpolitische Ziele für wirtschaftspolitische zu instrumentalisieren; mit Investitionen in den Umweltschutz also mehr eine technologiepolitische Stärkung des Standortes Deutschland anzustreben als den Schutz der Umwelt. Wenig beschäftigungsintensive Umweltschutzforderungen wie beispielsweise die nach einem generellen Tempolimit wurden mit der Zeit fallengelassen. In vielen Fällen lag dies auch darin begründet, dass Forderungen des umweltpolitischen Arbeitskreises in der Fraktion von Fraktionsmehrheit, Fraktionsvorstand und Parteivorstand bewusst übergegangen worden sind. Die Probleme waren aber auch grundsätzlicher Natur: Die Idee der „ökologischen Modernisierung“ rief unvermeidliche Zielkonflikte hervor, unter denen die SPD noch heute leidet. Dennoch zeigt die umweltpolitische Arbeit der SPD-Fraktion, dass die 1980er-Jahre für die Sozialdemokratie nicht nur ein Jahrzehnt des Verlusts gewesen sind: des Verlusts der Macht, der eigenen politischen Identität und der Meinungsführerschaft links der Mitte. In der Oppositionszeit gab es zahlreiche und durchaus erfolgreiche Bemühungen, neue Themen in der sozialdemokratischen Programmatik zu verankern. Das Kapitel „Nachhaltiger Fortschritt und qualitatives Wachstum“ im aktuellen Grundsatzprogramm ist zehn Seiten lang,⁷ im Godesberger Programm taucht der Begriff „Umwelt“ kein einziges Mal auf.⁸ Angesichts der momentanen Kräfteverhältnisse zwischen SPD und Grünen ist man leicht zu der These verleitet, dass die SPD dennoch an der ökologischen Herausforderung gescheitert sei. Doch wie klein die SPD und wie groß die Grünen heute wären, hätte sich die SPD-Bundestagsfraktion nach 1982 nicht des Umweltthemas angenommen, bleibt eine offene Frage.

⁷ Vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 2007, S. 42–51.

⁸ Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): Godesberger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. Bonn 1959.